I2 Sozialkundeunterricht ab der 5. Klasse!

Antragsteller*in: JSAG Thüringen über LV
Tagesordnungspunkt: 4. Antragsberatung der übrigen LaKo Anträge

Antragstext

Politische Bildung wurde in den letzten 30 Jahren vor allem in den neuen Bundesländern viel zusehr vernachlässigt. Dabei gehört sie zu den wichtigsten Voraussetzungen für einefunktionierende demokratische Gesellschaft. Gerade heute, in Zeiten wachsenderdemokratiefeindlicher, rassistischer, antisemitischer und menschenfeindlicher Gruppierungenin Gesellschaft und Politik, wird dies deutlich. Vor allem jungen Menschen brauchen die Möglichkeiten und Motivation, sich eine eigene Meinung bilden zu können.Demokratie sollte so früh wie nur möglich gelernt und verstanden werden. Für junge Menschen sind unsere heutige Demokratie und ein geeintes Europa selbstverständlich, frühere Zeiten kennen sie allenfalls aus Erzählungen. Doch müssen sie schätzen lernen, wofür Menschen vor über 30 Jahren noch kämpfen mussten und welche Bedeutung die Einheit vor 30 Jahren für die heutige Gesellschaft hat. Denn was wäre die Demokratie ohne die Freiheit eines jeden Individuums und der damit verbundene Möglichkeit zur Selbstverwirklichung. Unsere Demokratie sollte so früh wie möglich bunt statt in schwarz-weiß, als starkes und vielfältiges politisches System gedacht werden. Deshalb fordern die Jusos Thüringen die Einführung des Sozialkundeunterrichts ab Klasse 5 in allen Schulformen in staatlicher sowie privater Trägerschaft. In zwei Wochenstunden wird dabei an den gesellschaftlichen Teil des Heimat- und Sachkundeunterrichts der Grundschule angeknüpft. Schwerpunktmäßig kann so ein Demokratieverständnis herausgebildet sowie der Umgang mit Menschenfeindlichkeiten und Werten wie Menschenrechten, Meinungsfreiheit, Pluralität, Toleranz, Akzeptanz und Vielfalt vermittelt werden. Auch die Bedeutung einer fairen Streitkultur und der Akzeptanz gegensätzlicher Meinungen wird dadurch erlernt.

Begründung

Durch eine frühere und intensivere Beschäftigung mit demokratischen Werten und gesellschaftlichen Themen, werden Schüler:innen für ein demokratisches Miteinander sensibilisiert. Dabei kann ihr demokratisches Grundverständnis gestärkt sowie ein schärferes Erkennen von Populismus und demokratiefeindlichen Meinungen und deren Auswirkungen vermittelt werden. So sind sie später im wahlfähigen Alter weniger anfällig dafür und können ihr demokratisches Werteverständnis an Freunde und Familie weitergeben. Zum jetzigen Zeitpunkt setzt der Sozialkundeunterricht mit der 8. Klasse viel zu spät an, im Gymnasium sogar erst ab der 9. Klasse. Damit wird ein frühzeitiges Erlernen eines Demokratieverständnisses verspielt. Des Weiteren ist der Unterricht nur bis zur einschließlich 10. Klasse verpflichtend vorgesehen. Eine ausgiebige, inhaltsreiche sowie gleichzeitig lockere Beschäftigung im Unterricht, ohne den Druck, den Lehrplan noch abarbeiten zu müssen, ist nahezu unmöglich. Momentan erlebt mensch auf den Straßen, im Internet oder im eigenen Bekanntenkreis, wie fragil die freiheitlich demokratische Gesellschaft ist. Coronamaßnahmengegner:innen demonstrieren gemeinsam mit

Verschwörungstheoretiker:innen und Faschist:innen, ohne eine klare Abgrenzung vorzunehmen. Bereits vor der Pandemie hinterfragten ein drittel der Gesellschaft die politische Ordnung oder sprachen dem Staat und der Regierung ihre Legitimation ab (Quelle: Umfrage der KAS von Oktober 2019 bis Februar 2020). Die aktuelle Lage deutet darauf hin, dass sich diese Meinungen langfristig verfestigen. Durch prominente Verschwörungsinfluenzer:innen erhalten sie schon jetzt eine öffentliche Bühne. Nur durch eine funktionierende politische Bildung kann verhindert werden, dass noch mehr Menschen diesem Glauben oder anderen antidemokratischen Geschwurbel verfallen.